Streit um gewerkschaftliche Bildungskonzepte : Positionen und Kontroversen in der deutschen Gewerkschaftsdebatte

Autor(en): **Dörre, Klaus**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **17 (1997)**

Heft 33

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652164

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Klaus Dörre

Streit um gewerkschaftliche Bildungskonzepte

Positionen und Kontroversen in der deutschen Gewerkschaftsdebatte

Ausgerechnet in einer Zeit, in der das verbreitete „Fin de Siècle-Bewußtsein" (Deppe 1997, Giddens 1997) geradezu nach Aufklärung heischt, muß gewerkschaftliche Bildungsarbeit um ihr Grundlagenwissen fürchten. Vordergründig resultiert der Druck auf die politische Bildung aus sinkenden Mitgliederzahlen und leeren Gewerkschaftskassen. Die eigentliche Herausforderung ist jedoch inhaltlicher Art. Wo vom „Kapitalismus ohne Alternative?" (J.Hirsch) die Rede ist, stellt sich zwingend die Frage nach dem Sinn einer Bildungsarbeit, die ihre Legitimation letztlich aus der radikalen Kritik bestehender Verhältnisse bezieht. Im besonderen Maße getroffen sind jene Arbeiterbildungs-Konzeptionen, die gewerkschaftlichen Aktivismus durch die Vermittlung antikapitalistischer Basisphilosophien zu unterfüttern suchen.

Gibt es nach dem vermeintlichen Triumph von „Videorecorder und liberaler Demokratie" überhaupt noch Bedarf nach Bildungsarbeit mit aufklärerischem Anspruch und Orientierung? Meine These ist, daß Gewerkschaften, wollen sie handlungs- und konfliktfähig bleiben, kaum auf eine interne Instanz zu kritischer (Selbst-)Reflexion verzichten können. Soll politische Bildung eine solche Funktion ausüben, muß sie allerdings ihre eigenen konzeptionellen Grundlagen radikal erneuern. Zur Begründung dieser These will ich zunächst auf die spezifische Leistung kapitalismuskritischer Ansätze eingehen (I). Danach benenne ich einige Ursachen für den ideologischen Verschleiß dieser Ansätze und gehe auf die aktuelle Debatte um die gewerkschaftliche Bildungsarbeit ein (II). Es folgen Umrisse einer eigenen Position (III) sowie einige abschließende Überlegungen zur Zukunft der Bildungsarbeit (IV).

I. Innerhalb der deutschen Gewerkschaften hat es nie eine einheitliche Bildungskonzeption gegeben. Selbst die Anhänger kapitalismuskritischer Ansätze haben sich untereinander lange Zeit in heftigen Rivalitätskämpfen befehdet.[1] Dennoch ließ sich für Gewerkschaften wie die IG Metall bis in die jüngere Vergangenheit so etwas wie eine übergreifende, in Leitfäden fixierte und in der Praxis stilbildende Basisphilosophie der Bildungsarbeit identifizieren. Die Operationalisierung dieser Basisphilosophie erfolgte in der Regel in Gestalt eines methodischen Dreischritts. Dazu gehörte a) die Stärkung von Produzentenstolz („Wir sind diejenigen, die die Werte schaffen"), b) die Begründung kollektiver Lohnabhängigeninteressen durch den Nachweis einer „gemeinsamen Lage" sowie c) das Deutungsmuster eines unaufhebbaren Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit einschließlich der daraus abgeleiteten Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisierung und Aktivitäten.

Die Kritik an diesem Dreischritt und hier insbesondere an der Eindimensionalität „des" Interessengegensatzes ist so alt wie ihr Gegenstand.[2] Viele Polemiken, die den rudimentären, vulgärmarxistischen Charakter der „Leitfadenmetaphysik" (O.Negt) attackierten, haben jedoch die besondere ideologische Leistungsfähigkeit der kritisierten Konzepte übersehen. Die – ohnehin facettenreichere – Bildungspraxis beanspruchte niemals, dogmatische Vermittlung „exakten" wissenschaftlichen Wissens zu sein. Beim punktuellen Rückgriff auf Kategorien der Marxschen Kapitalismustheorie ging es vor allem um ein theoretisches Korsett, das dem Transport einer identitätsstiftenden Gewerkschaftsideologie diente. Paradoxerweise erfüllten die skizzierten kapitalismuskritischen Basisphilosophien diese Funktion zeitweilig besonders effizient. Der Grund war eine widersprüchliche Mischung aus Nähe und Distanz zum vorherrschenden Selbstverständnis der Gewerkschaften.

Wie läßt sich eine solche Sichtweise begründen? Gewerkschaftsideologien und -identitäten konstituieren sich traditionell im „ewigen Dreieck" von Markt, Klasse und Gesellschaft. Idealtypisch läßt sich jeder Punkt des Dreiecks mit einem eigenen Gewerkschaftsmodell verbinden: „Wirtschaftsfreundliche Gewerkschaften betonen den Markt, integrative Gewerkschaften die Gesellschaft und radikal-oppositionelle Gewerkschaften die Klasse" (Hyman 1996, 14). Das dominante Selbstverständnis der DGB-Gewerkschaften bewegte sich während der letzten Jahrzehnte hauptsächlich auf der Achse zwischen Markt und Gesellschaft. Dabei waren korporative Arrangements allerdings das Resultat einer – durch die Ausrichtung an nationaler Wohlfahrt gemilderten – Klassenpolitik (Dore 1996, 162; Streeck 1994). Ein universalistischer Anspruch, der vorgab, im Interesse „aller ArbeitnehmerInnen" des Landes zu agieren, prägte das Bewußtsein des Funktionärskörpers und der aktiven Gewerkschaftsmitglieder. Ronald Dore spricht in diesem Kontext von einem System industrieller Beziehungen, das nicht mehr über eine Arbeiterbewegung, wohl aber über eine klassenbewußte Arbeiterrepräsentation verfügt (1996, 155).

Der springende Punkt für die Bildungsarbeit heute ist, daß sich dieser Klassenbezug in einem System, das exemplarische Großkonflikte faktisch aus den Betrieben „auslagert", kaum mehr auf spontanes Erfahrungswissen stützen kann. Dieser Erfahrungslücke verdankten die kapitalismuskritischen Basisphilosophien ihre identitätsbildende Potenz. In der Bildungspraxis machten sie den impliziten Klassenbezug der Gewerkschaftspolitik explizit. Auf diese Weise wirkten sie als Korrektiv zum vergemeinschaftenden Potential (Kotthoff 1994) betrieblicher Austauschbeziehungen. Sie stärkten den Vorrang zentraler, überbetrieblicher Aushandlungen und hielten ein konfliktorisches Gewerkschaftsbewusstsein wach, an das in Auseinandersetzungen zur Mobilisierung appelliert werden konnte. Kurzum: Der verinnerlichte Interessengegensatz konstituierte eine Art „Glauben" (Gramsci), eine Identität mit moralischer Bindekraft, die es vielen aktiven GewerkschafterInnen überhaupt erst ermöglichte, den alltäglichen Verlokkungen individueller Vorteilnahme zu widerstehen und ihr Engagement in

den Dienst einer „übergeordneten Sache" zu stellen (Blöing 1997). Daß sich dieser „Glaube" trotz aller sperrigen, oppositionellen Komponenten letztendlich in die offizielle Gewerkschaftsideologie einfügte, läßt sich auf das produktivistische Grundverständnis der skizzierten Basisphilosophie zurückführen. Das darin angelegte affirmative Verhältnis zur technologisch-organisatorischen Kernstruktur der Industriegesellschaft diente als Klammer zwischen offizieller und implizit-oppositioneller Gewerkschaftsideologie. So blieben trotz scharfer politischer Differenzen genügend Gemeinsamkeiten, um kritischen Aktivisten eine positive Gewerkschaftsidentität zu ermöglichen.

II. Mittlerweile ist die unbeabsichtigte Symbiose von dominanter Gewerkschaftsideologie und antikapitalistischer Bildungsarbeit Geschichte. Und das nicht in erster Linie wegen der Implosion des Staatssozialismus und des dadurch provozierten Utopieverlustes. Es sind primär Umbrüche in der kapitalistischen Industriegesellschaft, die die identitätsbildende Kraft der alten Leitfaden-Philosophien geschwächt haben. Aus der Vielzahl der Veränderungen lassen sich zwei Entwicklungen hevorheben. Zunächst attackierte das antiproduktivistische Paradigma der neuen sozialen Bewegungen den Identitätskern der offiziellen wie auch der kapitalismuskritischen Gewerkschaftsideologien. Ökologischer Gesellschaftskonflikt und die Politisierung patriarchalischer Herrschaft haben soziale Konflikte erzeugt, die sich weder dem traditionellen Arbeiterbewegungs-Produktivismus noch dem Raster eines bipolar konstruierten Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit fügen. Daraus resultierende Bemühungen, Bildungskonzepte für die Themen und Anliegen der neuen Bewegungen zu öffnen, sehen sich gegenwärtig allerdings mit einer stärker werdenden Gegentendenz konfrontiert. Die seit einigen Jahren geführte Globalisierungs- und Standortdebatte leistet nicht nur eine Radikalisierung produktivistischer Argumente; sie ist zur ideologischen Hülle für grundlegende politische Umorientierungen innerhalb der Wirtschaftseliten geworden.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stellen relevante Teile der Industrie tragende institutionelle Säulen des Systems industrieller Beziehungen in Frage. Der sozialstaatlich pazifizierte „rheinische Kapitalismus" (Albert 1992) gilt ihnen als atavistisches Relikt einer durch die Globalisierung der Ökonomie zu Ende kommenden Epoche. Statt dessen sind Plädoyers für ein „Aufsprengen des Tarifkartells", für eine durchgreifende Verbetrieblichung selbst der Lohnverhandlungen und für ein neues, am *shareholder value* ausgerichtetes Modell der Unternehmenssteuerung zu ernsthaft diskutierten Optionen geworden. Daß ein „bißchen weniger sozialer Friede" in Teilen der Industrie nunmehr als angemessener Preis für Kostenentlastungen gilt, wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die erodierenden Geschäftsgrundlagen der alten Sozialpartnerschaft (Streeck 1995, Dörre 1996 a,b).

Angesichts des Übergangs von der „Konsens- zur Konfliktgesellschaft"

(Heitmeyer u.a. 1997) mehren sich in den deutschen Gewerkschaften die Zeichen ideologischer Desorientierung. Zurecht diagnostiziert Hyman (1996, 31), es habe den Anschein, als wolle die Organisation im Dreieck von Markt, Klasse und Gesellschaft in „alle drei Richtungen gleichzeitig gehen". Der politischen Bildung in den Gewerkschaften droht in dieser Konstellation eine ideologische Zerreißprobe. Aktuell zeichnen sich mindestens drei Grundpositionen ab, die hinsichtlich ihres Gesellschaftsbildes, der antizipierten Teilnehmererwartungen und vor allem hinsichtlich der anvisierten Gewerkschaftspolitik erheblich differieren.[3]

Verfechter einer *pragmatischen Position* (vgl. IG Metall 1994; Müller-Jentsch 1993) plädieren für eine dezentrale, projekt- und themenbezogene Ausrichtung der Bildungsarbeit, die gezielt Gestaltungsansprüche betrieblicher und lokaler Praktiker aufgreift. Eine themenübergreifende Grundlagenbildung halten die Pragmatiker für überflüssig. Ihr Leitbild ist die entideologisierte Dienstleistungsorganisation als Variante der wirtschaftsfreundlichen Gewerkschaft. Überkommene politische Identitätsentwürfe ersetzen die Pragmatiker durch Methoden und Begriffe, die sie dem zeitgenössischen Managementwissen entlehnen. Eine inhaltliche Avantgardefunktion der Bildungsarbeit lehnen sie ab; statt dessen setzen sie auf Moderatorenkonzepte und dialogische Formen zur Erarbeitung „intelligenter Problemlösungen". Eine Stärke dieser Position ist, daß sie den Erwartungen vieler betrieblicher Interessenvertreter, dem Ruf nach „anwendbaren Rezepten" entgegenkommt. Dabei läuft sie jedoch Gefahr, diese Erwartungen mangels Ressourcen und Durchsetzungschancen immer wieder zu frustrieren. Ob sie das Vakuum auszufüllen vermag, welches der Zerfall der alten Gewerkschaftsideologie hinterlassen hat, ist daher mehr als fraglich.

Die *„reflexiven Modernisierer"* greifen viele Elemente der pragmatischen Position auf, verbinden sie jedoch mit dem Projekt einer „anderen Moderne" (vgl. Beck, zuletzt 1996). Ziel dieser Strömung ist es, die sozialintegrative Dimension der Gewerkschaftspolitik auf eine neue Grundlage zu stellen (vgl. Zoll 1996). Dabei rücken die Modernisierer von der Folie einer durch Klassenspaltung und kapitalistischen Arbeitsvertrag strukturierten Gesellschaft ab und ersetzen sie durch Themen und Konfliktlinien einer nachindustriellen Risikogesellschaft. Politischer Bildung würde in diesem Kontext die Aufgabe zufallen, eine entsprechende Modernisierung der Gewerkschaften voranzutreiben. Erweiterter Interessenbegriff, Öffnung für ökologische und feministische Kritik, Sensibilität für Individualisierungsprozesse und das engagierte Plädoyer zugunsten erweiterter Partizipationschancen auf allen Ebenen der Gesellschaft machen das innovative Moment dieser Position aus. Ihre größte Schwäche ist, daß sie den gesellschaftszerstörenden Folgen des neoliberalen Projekts und der dadurch heraufbeschworenen „Gegenmoderne" (Beck 1993) bislang wenig entgegenzusetzen vermag. Statt dessen müssen die Verfechter einer „reflexiven Modernisierung" der Gewerkschaften konstatieren, daß ihre zukunftsweisenden Anliegen unter dem Druck von Standortdebatte, Flexibilisierung und Massenarbeitslosigkeit gesellschaftlich wie innerorganisatorisch in die

Defensive geraten sind.

Exakt dies monieren die *traditionalistischen Positionen* des Antikapitalismus (u.a. Detje/König 1994). Nach deren Auffassung erfahren wir die Härten eines Kapitalismus, „in dem wieder nur das ‚Recht des Stärkeren' gilt" (Thurow 1996, 33). Aus der neuerlichen Zuspitzung der sozialen Frage leiten sie eine Rückbesinnung auf klassische Schutzfunktionen der Gewerkschaften ab. Bildungspolitisch plädieren sie zwar für eine graduelle Anpassung kapitalismuskritischer Basisphilosophien an veränderte Rahmenbedingungen. An der Zentralität „des" Interessengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit und der darauf gegründeten Gewerkschaftsidentität soll jedoch in der Analyse festgehalten werden. Ein Verdienst der Traditionalisten ist, daß sie frühzeitig die neu eskalierenden Verteilungskonflikte und die sozialen Ungleichheiten in kapitalistischen Metropolen thematisiert haben. Die von ihnen angestrebte Revitalisierung gewerkschaftlicher Klassenpolitik mag als angemessene Antwort auf Konsensverweigerungen der neoliberalen Rechten gelten. In ihren politischen Konsequenzen läuft sie auf eine Verteidigung des Sozialstaats, nicht jedoch auf ein neues Projekt der Gesellschaftsreform hinaus.

III. Nach meiner Auffassung ist nicht die Konkurrenz unterschiedlicher Positionen, sondern die Ausschließlichkeit und wechselseitige Intoleranz, mit der sie sich in der gewerkschaftlichen Bildungs-Debatte bekämpfen, das eigentliche Problem. In einer Phase, in der von einem „gesicherten Wissen" für aktive Gewerkschafter weniger denn je die Rede sein kann, sind Alleinvertretungsansprüche jedweder Coleur unergiebig. Für sich genommen belegen die skizzierten Positionen allenfalls, daß ideologische Rochaden im „ewigen Dreieck" von Markt, Klasse und Gesellschaft solange theoretisch defizitär bleiben, wie sich Gewerkschaftsidentitäten primär auf nationale Wirtschaftsräume und Nationalstaaten beziehen. Als mächtiger Herausforderer zwingt die Globalisierung zu Umorientierungen (Altvater/Mahnkopf 1993). Konkret gesprochen: In einer Zeit, in der die „Semantik der Globalisierung" überkommene Gewerkschaftsidentitäten brüchig werden läßt, ist die Auseinandersetzung mit der Internationale des Neoliberalismus ein erster Schritt zur Erneuerung. Dem entfesselten Modernisierungsprogramm des „liberal productivism" (Lipietz) läßt sich aber nicht mit ritualisierter Kapitalismuskritik beikommen. Auseinandersetzungsfähigkeit herzustellen ist daher in meinen Augen eine vordringliche Aufgabe politischer Bildung. Nicht ob, sondern *wie* der gesellschaftskritische Stachel in dieser Auseinandersetzung plaziert wird, ist dabei das entscheidende inhaltliche Problem. Nachfolgend will ich – thesenförmig gebündelt – einen Vorschlag zur Diskussion stellen.

1) Im Unterschied zu den Pragmatikern meine ich, daß politische Bildung an der Vorstellung eines – nicht mehr in den Grenzen des Nationalstaates fixierbaren – gesellschaftlichen Ganzen festhalten muß. Mit Recht hat Cornelius Castoriadis (1990) darauf hingewiesen, daß jede Veränderung, jede praktische Reform einer solchen Ganzheitsvorstellung bedarf. Das gilt,

obwohl Reformen in ausdifferenzierten Gesellschaften häufig Wirkungen zeitigen, die von ihren Urhebern nicht intendiert sind. Wichtig ist, daß gewerkschaftliche Bildung bei ihren Konzeptionen von Gesellschaft Raum für Theoriepluralismus bietet. Es gibt weder Gesellschaftsparadigmen noch „interne Theorien" der Arbeiterbwegung, die alles erklären können. Daraus folgt nicht mehr und nicht weniger als eine Aufforderung an die Teamer, ihr Gesellschaftsbild kenntlich zu machen und es als Diskussionsangebot an Seminarteilnehmer zu verstehen, die ihrerseits andere Angebote machen können. Schon weil z.B. zur Globalisierung selbst innerhalb der Linken unterschiedlichste Auffassungen und Einschätzungen existieren, muß Bildungsarbeit ein selbstreflexives Verhältnis zu ihren eigenen theoretischen Grundlagen gewinnen.

2) Auch wenn sie nicht das gesellschaftlich Ganze ausmacht (vgl. den mehrdimensionalen Gesellschaftsbegriff bei Giddens 1984), existieren kapitalistische Kernstruktur und schrankenlose Akkumulation. Die Kritik daran kann aber nicht mehr dem bekannten Muster von Wertschöpfung, Mehrwertaneignung, Klassenspaltung und Klassensolidarität folgen. Als Ausgangspunkt für eine zeitgemäße Kapitalismuskritik drängt sich die Fiktion des freien, sämtlicher Regularien entkleideten Marktes auf. Markt wird im Denken vieler Gewerkschafter/innen fraglos als eherner ökonomischer Sachzwang begriffen. Dem wäre entgegenzuhalten, was selbst aufgeklärte Liberale einräumen: der Markt ist „das Produkt einer sozialen Konstruktion", er braucht „Organisation, sogar sehr viel Organisation, um funktionieren zu können" (Friedberg 1995, 1). Eine an dieser Prämisse orientierte Marktanalyse und -kritik ließe sich auf unterschiedlichste Phänomene in der Gesellschaft beziehen: etwa auf die Stärkung von Marktmechanismen in der Unternehmensorganisation, die daraus resultierende Tendenz zur Kurzfristigkeit im Managementhandeln und deren problematische soziale Folgen (Dörre 1997). Jedes dieser Phänomene bietet Anschauungsunterricht für die gesellschaftszerstörenden Folgen einer verselbständigten Marktlogik. Indem sie dies ins Zentrum der Analyse rückt, gewinnt Bildungsarbeit einen immanent ansetzenden Maßstab der Kapitalismuskritik.

3) *Regulation* läßt sich als Gegenbegriff zur Spontaneität der Marktsteuerung definieren. Gewerkschaften sind Teil eines komplexen Regulationssystems, das Marktbeziehungen begrenzt. Operationalisiert man diesen Gedanken für Bildungskonzeptionen, kann die Brücke zu anderen, (halb-) staatlichen oder privaten Regulationsinstanzen geschlagen werden (vgl. kritisch dazu Esser 1994). Gewerkschaftspolitik wird so in einen übergreifenden gesellschaftlichen Regulationsmodus eingebettet. Wichtiger ist jedoch etwas anderes. Der Regulationsbegriff bindet den Solidaritätsgedanken nicht unmittelbar an die Wertschöpfung, das heißt, er ist offen für das antiproduktivistische Paradigma neuer sozialer Bewegungen, für das Postulat einer „Entschleunigung" und ökologischen Bändigung schrankenloser Akkumulation. Dabei kann es nicht darum gehen, den traditionellen Produktivismus der Arbeiterbewegung durch sein Gegenteil zu ersetzen. Nötig ist vielmehr der Nachweis, daß Effizienz und Produktivität sozial definier-

bar und mithin auf höchst unterschiedlichen Wegen zu erreichen sind.
4) Die starre Dichotomie von „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ versperrt den Blick auf unterschiedliche Kapitalismen und Regulationsweisen und auf Strategien konkurrierender Kapitalismusmodelle. Der Blick auf die Existenz zahlreicher gesellschaftlicher Entwicklungspfade stärkt so den Gedanken einer politischen Gestaltbarkeit des sozialen Wandels. Dies, der Bruch mit linearen Vorstellungen eines one-best-way und der Nachweis von Gestaltungsoptionen, ist gewissermaßen der Angelpunkt zeitgenössischer Gesellschaftskritik. Wo gesellschaftliche Krisen in ihren medialen Vermittlungen allgegenwärtig sind, führt sich eine Kritik, die sich in der Affirmation systemischer Strukturen und der Destruktion vermeintlicher „Reformillusionen“ erschöpft, selbst ad absurdum. Erst der Nachweis realisierbarer Alternativen rüttelt auf, mobilisiert. Das gilt für alle gesellschaftlichen Handlungsfelder. Ich habe das am Beispiel nachtayloristischer Managementkonzepte illustriert. Die gewerkschaftliche Kritik an der realen Praxis dieser Konzepte kann erst wirksam werden, wenn Betriebsräte und betroffene Arbeiter über eigene, positive Organisationsvorstellungen verfügen, die zum Gegenstand betrieblicher Aushandlungen und Kompromißbildungen werden können.[4]
5) Dies führt zu einem weiteren Punkt: In der gegenwärtigen betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Umbruchperiode können Bildungsprozesse nicht mehr als einseitiger Wissenstransfer konzipiert werden. Teilnehmer und Teamer begegnen sich keineswegs in der Rolle von Laien und Experten. In ihren konkreten Erfahrungsräumen, etwa im Betrieb oder in der beruflichen Praxis, sind die vermeintlichen Laien die eigentlichen Experten. Sollen Gestaltungsansprüche für diese Erfahrungsräume geweckt oder gestärkt werden, ist Wissenstransfer von den Teilnehmern zu den Teamern nötig. Das ist nur ein Beispiel für eine grundlegendere Problematik. Die Zeiten einer „missionarischen Bildungsarbeit“ sind vorbei. In einer dezentrierten Gesellschaft läßt sich gewerkschaftliche Politik nicht mehr ohne weiteres von oben nach unten durchstellen. Das hat Konsequenzen für die Bildungsarbeit. Lernprozesse sind weniger denn je vorauszuplanen. Was in den Seminaren thematisiert werden soll, muß daher zum Gegenstand demokratischer Aushandlungen zwischen allen Beteiligten werden. Insofern ist es mit einer „richtigen Theorie“, an der sich die Teamer orientieren können, noch nicht getan. Vielmehr tritt an die Stelle des durchkomponierten Lehrplans das ausgehandelte, auf wechselseitigem Wissenstransfer basierende Seminar. Damit verschiebt sich zugleich der Emanzipationsanspruch von Organisationsinteressen hin zur Interessenlage des individuellen Subjekts. Entsprechende Seminarkonzeptionen stünden somit für ein Solidaritätsprinzip, das auch außerhalb der Bildungsarbeit für die Gewerkschaften wegweisend sein könnte.

IV. Die Liste der Themen (z.B. „Gegenmoderne“, Formen dialogischer Demokratie, Informationsgesellschaft) und der methodischen Einzelaspekte (wie z.B. Lernen am Widerspruch, Destruktion von einfachen Botschaf-

ten, Umgang mit Ungewißheit und Ambivalenz, der antipsychologische Affekt) ließe sich erweitern. Wichtig ist an dieser Stelle, daß sich aus der Marktkritik eine Leitidee, ein roter Faden für eine andere Bildungsarbeit entwickeln läßt. Folgt man dieser Idee, handelt man sich unweigerlich eine neue Schwierigkeit ein. Eine entsprechend erneuerte Bildungsarbeit würde sich auf eine Organisation beziehen, die so noch nicht existiert. Orientierendes Leitbild wäre eine Gewerkschaft als soziale und politische Reformbewegung, die sich zugleich als internationale Kraft etabliert. Mit anderen Worten: Das „ewige Dreieck" von Markt, Klasse und Gesellschaft müßte aus seiner nationalen Bornierung herausgelöst werden, um eine neue, tragfähige Gewerkschaftsidentität zu ermöglichen. Von einer solchen Entwicklung sind die nationalen Gewerkschaftsbewegungen noch meilenweit entfernt, denn jeder Schritt zu internationaler Kooperation bedingt gravierende Veränderungen der jeweiligen nationalen Systeme industrieller Beziehungen (van Ruysseveldt/Visser 1996). Dennoch ist einiges in Gang gekommen. Unter dem Druck des internationalen Wettbewerbs und der ökonomischen Integration Europas lassen sich die alten Gewerkschaftsideologien und -identitäten nicht mehr konservieren. Darin steckt für politische Bildung eine Chance: Wo nationale Gewerkschaftsmodelle instabil werden, sind Experimente mit neuen Identitätsentwürfen gefragt. Die Vision eines sozial regulierten Europas könnte sich dabei in der vor uns liegenden Etappe als entscheidender Konvergenzpunkt erweisen.

Anmerkungen

1 Die alten Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des Leitfaden- und denjenigen des Erfahrungsansatzes wirken bis in die Gegenwart nach. Vgl. Oskar Negt und Franz Grubauer zur kritischen Neubewertung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, Frankfurter Rundschau v. 29.9.1994.

2 Zur jüngeren Debatte vgl. Weischer 1996, Johannson 1994, Dörre 1995, 441 ff.

3 Ich bediene mich hier der Methode der Zuspitzung. In der realen Debatte sind die Positionen facettenreicher und differenzierter.

4 Zu den Schwierigkeiten einer solchen Gestaltungspolitik vgl. z.B. die Beiträge in Bahnmüller/Salm 1996. Daß mir arbeitspolitische Beispiele als Betriebsborniertheit ausgelegt werden (Detje/König 1994), signalisiert eher Wahrnehmungsschranken bei den Kritikern.

Literatur

Albert, Michel, 1992: Kapitalismus contra Kapitalismus. Frankfurt/M.

Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit, 1993: Gewerkschaften vor der europäischen Herausforderung. Münster.

Bahnmüller, Reinhad/Salm, Rainer (Hrsg.),1996: Intelligenter, nicht härter arbeiten? Gruppenarbeit und betriebliche Gestaltungspolitik. Hamburg.

Beck, Ulrich, 1993: Die Erfindung des Politischen. Frankfurt/M.

Beck, Ulrich/Giddens, Anthony/Lash, Scott, 1996: Reflexive Modernisierung. Frankfurt/

M.
Blöing, Peter, 1997: Auf Umwegen zum Handeln. Beobachtungen in Jugendseminaren der IG Metall. Münster.
Castoriadis, Cornelius, 1990: Gesellschaft als imaginäre Institution. Frankfurt/M.
Deppe, Frank, 1997: Fin de Siécle. Köln.
Detje, Richard / König, Otto, 1994: Politische Bildungsarbeit heute. In: Sozialismus Nr. 6, Hamburg.
Dore, Ronald, 1996: Unions Between Class and Enterprise. In: Industrielle Beziehungen, 3. Jg, Heft 2. München.
Dörre, Klaus, 1995: Junge GewerkschafterInnen. Vom Klassenindividuum zum Aktivbürger? Münster.
Dörre, Klaus, 1996a: Globalstrategien von Unternehmen – ein Desintegrationsphänomen?
Dörre, Klaus, 1996b: La fin du pacte de croissance en Allemagne. In: Travail et Emploi, No. 67, Heft 2.
Dörre, Klaus, 1997: The „Democracy Question" at Work. The Effects of Post-Taylorist Management Concepts on Industrial Relations in German Industrial Enterprise. International Journal of Political Economy Vol 25, No. 3. New York.
Esser, Josef/Görg, Christoph / Hirsch, Joachim, 1994: Politik, Institutionen und der Saat. Zur Kritik der Regulationstheorie. Hamburg.
Friedberg, Erhard, 1995: Ordnung und Macht. Frankfurt/M.
Giddens, Anthony, 1984: Die Konstitution der Gesellschaft. Frankfurt/M.
Giddens, Anthony, 1995: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt/M.
Giddens, Anthony, 1997: Jenseits von Rechts und links. Frankfurt/M.
Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 1997: Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsens- zur Konfliktgesellschaft, 2 Bd. Frankfurt/M.
Hyman, Richard, 1996: Die Geometrie des Gewerkschaftsverhaltens. In: Eine vergleichende Analyse von Identitäten und Ideologie. In: Industrielle Beziehungen, 3. Jg, Heft 1. München.
IG Metall, Abt. Grundsatzfragen, 1994: Reform und Erneuerung der Bildungsarbeit. Frankfurt/M.
Johannson, Kurt, 1994: Schwierige Interessenlagen. Betriebspolitische Aspekte der gewerkschaftlichen Bildungsdebatte. In: Forschungsinstitut für Arbeiterbildung (Hrsg.), Jahrbuch Arbeit, Bildung, Kultur Bd. 12. Bochum.
Kotthoff, Hermann, 1994: Betriebsräte und Bürgerstatus. München.
Müller-Jentsch, Walter, 1993: Gewerkschaftliche Antworten auf dem sozialen Wandel. In: Wolfgang Kowalski/Wolfgang Schröder (Hg.): Linke – was nun? Berlin.
Ruysseveldt, Joris van/Visser, J., 1996: Industrial Relations in Europe. London.
Streeck, Wolfgang, 1993: Klasse, Beruf, Unternehmen. Distrikt: Organisationsgrundlagen industrieller Beziehungen im europäischen Binnenmarkt. In: Strümpel, Burkhard, Dierkes, Meinolf: Innovation und Beharrung in der Arbeitspolitik. Stuttgart.
Streeck, Wolfgang, 1995: Der deutsche Kapitalismus. Gibt es ihn? Kann er überleben? Original in: Crouch, Collin/Streeck, Wolfgang: Modern Capitalism or Modern Capitalisms? London.
Thurow, Lester, 1996: Die Zukunft des Kapitalismus. Düsseldorf.
Weischer, Christoph, 1996: Politische Bildungsarbeit und gewerkschaftliche Organisation. Aspekte der Bildungsdebatte in der IG Metall. Münster.
Zoll, Rainer, in: Hoffmann, Jürgen et al. (Hg.), 1996: Jenseits der Beschlusslage. Gewerkschaft als Zukunftswerkstatt. 2. Auflage. Köln.